

Nach Menzinger hatte bei Ausbruch der Unruhen die Obrigkeit die Taktik der Nichtbeachtung eingeschlagen, „um nicht unzeitige Furcht und Nachgiebigkeit zu zeigen“.⁹ Die Stimmung wurde aber so gereizt, dass sich eine Gruppierung gebildet hatte, welche plante, „plötzlich den Lieutenant und Feldwebel unversehens aufzuheben, und über die Gränze zu führen“.¹⁰ Nur weil dieses Vorhaben noch rechtzeitig verraten wurde, konnten die beiden Bedrohten mit Pässen versehen werden, um sie „einer derlei Schmach zu entheben“.¹¹

Ein wichtiger Grund für die ablehnende Haltung der Bevölkerung gegenüber den Offizieren waren die hohen Ausgaben für das Kontingent, wofür diese eben mitverantwortlich gemacht wurden. So liess es sich das Volk nach Menzinger nicht nehmen zu glauben, dass „das Land auch sein (Falkenhauens) mitgebrachtes Pferd und seinen Bedienten erhalten müsse“.¹²

Die misstrauische und ablehnende Haltung ist verständlich, wenn man berücksichtigt, dass für das Jahr 1847, einem Jahr nach der Rhein-Katastrophe, eine um ca. 2000 Gulden erhöhte Ausgabenrechnung für das Militär präsentiert werden musste.¹³ Noch drei Tage vor seiner Abreise begründete Blaudek, warum der Etat für 1847 so empfindlich hatte erhöht werden müssen.¹⁴ Der Kommandant führte an,¹⁵ dass ein zweiter Offizier angestellt worden war und nun entlohnt werden musste; ferner war eine ausserordentliche Teuerung eingetreten, die sich durch den sog. „Kornschutz-Cordon“, d.h. die Einführung von Ausfuhrzöllen auf Getreide in Österreich und Bayern, vor allem bei Verpflegung des Militärs auswirkte. Ausserdem waren 1847 längere Waffenübungen notwendig geworden, weil infolge der besonderen Umstände diese 1846 ausgeblieben waren. Die Aussage Menzingers, dass das Volk „dem Contingente längst der Kosten wegen abgeneigt“ war, erstaunt deshalb nicht.¹⁶

Dazu kam noch, dass im März und April 1848 von der Bundesversammlung und dem Bataillonskommando Ausmarschbefehle für das Kontingent eintrafen.¹⁷ Beim Oberamt herrschten Befürchtungen vor, diese Anordnungen wegen der bestehenden

politischen Lage und der organisatorischen Schwierigkeiten nicht durchführen zu können. Menzinger erwähnte, dass das Kontingent „für den Fall einer Ausrückungs-Ordre ganz ohne Leitung (wäre) und auch bei dem ausgesprochenen besten Willen Sr. Durchlaucht nicht ausrücken“ könnte.¹⁸ Ausserdem fehlte es einfach auch an Geld. Menzinger stellte fest, dass die dem Land zur Verfügung stehende Barschaft noch aus 2070 Gulden 23 Kreuzern Fondsgeldern bestehe, deren Verwendung aber schon fest gebunden sei.¹⁹ Das Oberamt sah sich deshalb gezwungen, für 1847 vom Handelshaus Götzner in Feldkirch 5000 Gulden aufzunehmen.²⁰ Die Rückzahlung dieser Summe hätte aus den Einkünften von 1847 geleistet werden sollen, eine Zielsetzung, die nicht erreicht werden konnte. Wegen „fast gänzlicher Geldlosigkeit und Stockung fast jeden Verkehrs“ war nämlich 1847 „aller angewandten Executivmittel ungeachtet sehr wenig eingegangen“.²¹

Angesichts dieser vielfältigen Probleme und der daraus erwachsenden Unzufriedenheit wundert es nicht, dass in Liechtenstein von Seiten des Volkes die Forderung erhoben wurde, dass „das Contingent gänzlich abgeschafft, und dafür die Volksbewaffnung eingeführt werde“.²² Die Vorstellung von der Volksbewaffnung tendierte wohl darauf hin, das liechtensteinische Kontingent aus dem Deutschen Bund herauszulösen und unter das Kommando eines Liechtensteiners zu stellen, was auch eine Kosteneinsparung bedeutet hätte. Da auch in Sigmaringen und Hechingen das Militär in Aufruhr geraten war und es dabei zur „Entfernung von Offizieren, Insubordination und Auflösung der Contingente“ gekommen war,²³ hatte das Bataillon „bis auf weiteres sozusagen zu bestehen aufgehört“.²⁴ Damit war offensichtlich auch bei den Liechtensteinern die Auffassung entstanden, von der kostspieligen Verpflichtung des Bundeskontingents befreit zu sein. Tatsache war, dass das Kontingent 1848 nicht ausmarschierte, ja sogar das ganze Jahr hindurch beurlaubt blieb.²⁵